

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 pppn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zur Arbeit der Kommission Fortschritt 90: Programm für ökologische Erneuerung komplett.  
Seite 1

Horst Jaunich MdB zum Anstieg der Zahl von Sozialhilfeempfängern: Neue Armut muß endlich wirksam bekämpft werden.  
Seite 3

Rudolf Scharping MdL zum sich verstetigenden Erfolgstrend der Sozialdemokraten in diesem Bundesland: SPD-Rheinland-Pfalz jetzt auch Nr. 1 in Verbandsgemeinden.  
Seite 4

### Dokumentation:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, appellierte am „Tag der Heimat“ an die Funktionäre der Vertriebenenverbände, die europäischen Nachkriegsgrenzen nicht länger in Frage zu stellen und für Frieden und Entspannung einzutreten. Wir dokumentieren seine Rede, die wiederholt gestört wurde, in zwei Teilen. (Teil I)  
Seite 5

44. Jahrgang / 175

12. September 1989

Programm für ökologische Erneuerung komplett

Zur Arbeit der Kommission Fortschritt 90

Von Harald B. Schäfer MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Die Kommission Fortschritt 90 hat sich auf weitere Maßnahmen für die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft geeinigt. Im Vordergrund der Beratungen standen dabei verschiedene Umweltabgaben.

Das Programm für die ökologische Erneuerung ruht auf drei Säulen:

- eine Erweiterung und Verbesserung des bestehenden Umweltordnungsrechts. Dazu gehören zum Beispiel ein wirksameres Umweltstrafrecht, eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung, ein Umwelthaftungsrecht, das auch sogenannte Summations- und Distanzschäden wie zum Beispiel die Waldschäden einschließt, eine Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes (mit Verbandsklage), ein neues Energiegesetz und die Verankerung des Umweltschutzes als eindeutiges Staatsziel im Grundgesetz.
- der ökologischen Besteuerung des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Entlastung der Besteuerung der Arbeit,
- einem System von gezielten Umweltenkungsabgaben, deren Aufkommen nicht der Erhöhung der Staatseinnahmen dient, sondern für die Förderung von Umweltinvestitionen eingesetzt wird.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit dem Papierstoff  
Recycling-Papier



Nach dem jetzigen Stand der Beratungen sind folgende Umweltabgaben vorgesehen:

- Eine Abgabe auf Einweggetränkerverpackungen (Glas- und Kunststoffflaschen 0,50 DM, Dosen und Kartonverpackungen 0,20 DM). Mit dem Abgabenaufkommen sollen Müllvermeidungstechniken, Recycling und Altlastensanierung gefördert werden.
- Eine Luftschadstoffabgabe, die neben Schwefeldioxyd und Stickoxyden auch Staub, organische Kohlenstoffverbindungen und das klimaschädliche Kohlendioxyd umfassen soll. Abgabepflichtig sind Kraftwerke und Industrieanlagen. Mit dem Abgabenaufkommen sollen unter anderem moderne Kraftwerkstechniken, Kraft-Wärme-Kopplung und rationelle Energieverwendung gefördert werden. Anlagen, die die gesetzlichen Grenzwerte deutlich unterschreiten, erhalten eine Ermäßigung der Abgabe. Dadurch entsteht ein dynamischer Anreiz zur Weiterentwicklung der Luftreinhaltetechnik.
- Die Abwasserabgabe soll erweitert und erhöht werden. Dadurch werden die notwendigen Investitionen zur Rettung der Nordsee beschleunigt.
- Durch eine Abgabe auf Sondermüll wird ein Anreiz zur Vermeidung und Wiederverwertung von problematischem Industriemüll geschaffen.
- Durch eine Abgabe auf Massentierhaltung soll ein Beitrag zur Erhaltung der flächengebundenen, artgerechten Tierhaltung geleistet und kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe erhalten werden.

Mit diesem Drei-Säulen-Konzept legt die SPD ein geschlossenes Programm für die Ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft vor, das an den zentralen Umweltproblemen ansetzt und dazu beitragen wird zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Es wird sich zeigen, ob die CDU den Mut und die Kraft hat, auf ihrem Bremer Parteitag ein ebenso konkretes und konsequentes Programm zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu beschließen.

(-/12.9.1989/vo-ha/rs)

\* \* \*

**Neue Armut muß endlich wirksam bekämpft werden**

**Zum Anstieg der Zahl von Sozialhilfeempfängern**

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Die am vergangenen Wochenende veröffentlichten Angaben über den erneuten Anstieg der Zahl von Sozialhilfeempfängern auf 3,3 Millionen im Jahr 1988 passen wie die Faust aufs Auge zur Selbstbeweihräucherung der Bundesregierung anlässlich der Einbringung des Bundeshaushalts wenige Tage zuvor. Diese nüchterne Zahl belegt allen wortreichen Beteuerungen der Bundesregierung zum Trotz: Anhaltende und massenhafte Langzeitarbeitslosigkeit beschleunigt die Entwicklung zu einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, der die konservativen Kräfte mit einem dumpfen „Weiter so“ zusätzliche Triebkraft verleihen.

Symptomatisch für diese Haltung war die Haushaltsrede der auch für die Sozialhilfe zuständigen Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Im Rahmen ihrer Tour d'horizont ging sie mit keiner Silbe auf die erschreckend gestiegene und weiter steigende Sozialhilfebedürftigkeit in unserer Gesellschaft ein. Sozialhilfeempfängerzahlen werden schlicht verschwiegen, weil sie das in rosaroten Farben gemalte Bild von der angeblich so erfolgreichen Sozialpolitik der Bundesregierung stören würden.

Kein Wort der Klarstellung erfolgte bisher auch zu dem bereits im April des Jahres veröffentlichten Bundesbankbericht zur Entwicklung der Sozialhilfeausgaben, der sich in beklagenswerter Art auch in unzulänglicher Ursachenforschung versuchte:

Der auffallend starke Anstieg der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt zwischen 18 und 25 Jahren sei auf unzulängliche „Behauptungsfähigkeit“ am Arbeitsmarkt infolge mangelnder beruflicher Qualifikation oder „anderer Beeinträchtigungen“ zurückzuführen. Dieser Kommentar der Bundesbank ist nicht nur überflüssig, sondern grenzt an Verhöhnung der Betroffenen. Den Gipfel der Geschmacklosigkeit stellt die Behauptung dar, gerade bei jüngeren Erwachsenen könne das wichtige Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe deswegen nicht erreicht werden, weil diese Gruppe ihre „Einstellung zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe“ verändert habe. Im Klartext: Die Betroffenen sind wegen Faulheit selbst an ihrer Sozialhilfebedürftigkeit schuld.

Dem Ausbleiben einer klärenden Richtigstellung zu dieser ungeheuerlichen Unterstellung kann eigentlich nur entnommen werden, daß die Bundesregierung diese Auffassung teilt.

Mit den Ärmsten in unserer Gesellschaft darf so nicht umgesprungen werden. Die Sozialhilfeempfänger, die in kurzen Abständen immer wieder penibel ihre Bedürftigkeit nachweisen müssen, haben nun zu ihren Schäden auch noch den Spott für die Folgen einer jahrelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben und der Kostenverlagerung von Bund auf die Kommunen. Die alarmierenden Zahlen über den Umfang der Sozialhilfebedürftigkeit sind ein erneuter Beweis für die Berechtigung unserer seit Jahren erhobenen Forderung, Neue Armut und Sozialhilfebedürftigkeit endlich ursachenbezogen zu bekämpfen.

Energische und entschlossene Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit gehören dazu, ebenso wie eine wirksame Entlastung der Sozialhilfeträger von den Kosten bei Pflegebedürftigkeit. Zusammen mit der überfälligen Verabschiedung der neu strukturierten Sozialhilferegelsätze und deren bedarfsgerechter Erhöhung könnte dann die Sozialhilfe ihre wichtigste Funktion, die Hilfe zur Selbsthilfe, wieder wirksam erfüllen.

(-/12.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

SPD-Rheinland-Pfalz jetzt auch Nr. 1 in Verbandsgemeinden

Zum sich verstetigenden Erfolgstrend der Sozialdemokraten in diesem Bundesland

Von Rudolf Scharping MdL  
Rheinland-pfälzischer SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Sozialdemokraten, die am 18. Juni in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen mit einem landesweiten Anteil von 42,5 Prozent von der CDU, die nur noch auf 37,5 Prozent kam, zur stärksten Partei wurden, haben es auch geschafft, auf der Ebene der Verbandsgemeinden erstmals stärkste kommunalpolitische Vertretung zu werden. Die jetzt vom Statistischen Landesamt vorgelegten Zahlen über die Zusammensetzung der Verbandsgemeinderäte weisen dies aus. Danach hat die CDU in den Verbandsgemeinden 7,2 Prozent und 392 Sitze verloren; sie stellt jetzt noch 1.712 Ratsmitglieder und einen Wähleranteil von 38,5 Prozent (1984: 45,7 Prozent). Die Sozialdemokraten haben dagegen von 37,5 auf 40,8 Prozent und um 83 auf jetzt 1.818 Mandate in den Verbandsgemeinden zugenommen. Die SPD ist jetzt auch die landesweite Nr. 1 in den Verbandsgemeinden, wenn auch um knapp zwei Punkte hinter dem Ergebnis der Wahlen zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte. Der Grund hierfür ist das Abschneiden von Wählergruppen, die um 134 auf 593 Sitze und von 10,7 Prozent auf 12,8 Prozent zugenommen haben.

Stabilisiert haben sich in den Verbandsgemeinden die Grünen mit einer prozentualen Stimmenzunahme von 1,7 Prozent, aber einer Steigerung der Mandate von 35 um 90 auf 125! Die Grünen haben - ebenso wie die FDP - von dem Verzicht der Koalition auf die Fünf-Prozent-Klausel „unglaublich profitiert“. Die Freien Demokraten haben mit einer Stimmenzunahme um ganze 0,3 Prozent auf 4,6 Prozent 62 (!) Sitze erhalten und stellen jetzt 198 Verbandsgemeinderäte. Die Ankündigung des FDP-Landesvorsitzenden, mit dem neuen Wahlrecht gleich eine Verdoppelung der Mandate zu schaffen, ist allerdings bei weitem nicht realisiert worden.

Als beispielhaft für die ungewöhnlichen politischen Verschiebungen vom 18. Juni sehe ich den Landkreis Trier-Saarburg an, der seit Kriegsende von der CDU mit Zweidrittelmehrheiten beherrscht wurde.

Noch zur Kommunalwahl 1974 hatten zum Beispiel 42,1 Prozent zwischen CDU (66,7 Prozent) und SPD (24,6 Prozent) gelegen, jetzt sind es noch ganze 5,3 Prozent. CDU 44 Prozent, SPD 38,76 Prozent. Kein Wahrsager hätte gewagt, derartige gewaltige Veränderungen in dieser politischen Landschaft vorauszusagen.

Die SPD wird im Kreis Trier-Saarburg nach Abschluß der Bürgermeister- und Beigeordnetenwahlen mindestens 23 Ortsbürgermeister stellen; etwa ein Viertel der Gemeinden des Kreises wird von Sozialdemokraten geführt. In über der Hälfte der Gemeinden ist die SPD heute mit Beigeordneten an der Verwaltung beteiligt, in sechs von sieben Verbandsgemeinden stellt die SPD jetzt einen oder sogar zwei Beigeordnete. Noch vor einem Jahrzehnt hat es lediglich einen sozialdemokratischen Ortsbürgermeister und Verbandsbürgermeister gegeben.

Dem Erdbeben des Wahltages ist das Nachbeben der Konstituierung der Räte gefolgt. Es ist zu hoffen, daß der Machtverlust der Union nach Jahrzehnten der Überheblichkeit einer Phase der Zusammenarbeit in den kommunalen Gremien Platz machen wird. (-/12.9.1989/vo-hs/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

Walter Momper: Nicht mehr an Grenzen rühren!

(Teil I)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, appellierte am „Tag der Heimat“ an die Funktionäre der Vertriebenenverbände, die europäischen Nachkriegsgrenzen nicht länger in Frage zu stellen und für Frieden und Entspannung einzutreten. Wir dokumentieren seine Rede, die wiederholt gestört wurde, in zwei Teilen.

Man kommt nicht umhin, sich in diesen Tagen an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren zu erinnern. Mehr noch, wir erleben tagtäglich, daß auch die Folgen dieses entsetzlichsten aller bisherigen Kriege noch lange nicht überwunden sind. Tausende von Menschen verlassen ihre Heimat, kommen zu uns, weil sie nicht mehr in einem System oder in wirtschaftlichen Verhältnissen leben mögen, die ihnen nicht lebenswert erscheinen. Und die Verhältnisse in ihren Heimatregionen sind in der Folge des Zweiten Weltkrieges verändert worden.

Bereits im vergangenen Jahr, als ich in meiner Funktion als Vorsitzender der Berliner Sozialdemokraten zu Ihnen sprach, wies ich auf die unhaltbare Lage in unseren Aufnahmelagern hin. Wir alle wissen, daß die Situation seither nicht entspannter geworden ist - ganz im Gegenteil!

Ich bin durchaus nicht glücklich darüber, daß so viele aktive, junge Menschen die DDR verlassen, weil ihr Staat in einem Zustand der Erstarrtheit verharret. Die DDR muß endlich damit anfangen, die Ursachen zu beseitigen, die so viele den Schritt zu uns wagen läßt. Aber ich sage auch mit Willy Brandt: „Ich kann doch den Stab nicht über Landsleute brechen. ...die den Krieg nicht mehr verloren (haben) als wir. Ich kann mich doch nicht hinsetzen und über (sie) richten, ihnen sagen, ihr dürft aber nicht (kommen).“

Arbeit und Wohnungen zu schaffen für alle, die jetzt zu uns kommen, ist eine gewaltige Aufgabe, die sich uns allen stellt. Da kann sich keiner zurücklehnen und sagen: Laßt mal die Regierung machen! Hier mitzuhelfen, die eigenen Erfahrungen und Kräfte einzubringen, ist eine aktuelle Aufgabe der Vertriebenenverbände.

Wir müssen auch klar sehen, daß es Unmut gibt bei Teilen der Bevölkerung, die selbst betroffen sind von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, wenn diese Menschen sehen, daß den Neuankömmlingen geholfen wird, sie selbst aber das Gefühl haben, man ließe sie mit ihren Sorgen im Regen stehen.

Und wenn ich nach Polen blicke, diese stolze, vielfach gebeutelte Nation, dann kann ich mich nicht einfach hinstellen und mit Interesse beobachten, wie dort der verfahrenere Karren nicht von der Stelle kommt. Den Menschen dort muß geholfen werden, sie müssen Hoffnung schöpfen können. Demokratie ist zwar so wichtig wie die Luft zum Atmen. Aber essen und trinken muß man doch auch. Das eine haben sie sich selbst erkämpft. Beim anderen müssen wir ihnen helfen.

Das sind wir ihnen auch deshalb schuldig, weil wir Deutschen es waren, die sie in den Abgrund des Krieges gestürzt haben. Stalinismus und Mißwirtschaft hat das polnische Volk sich nicht selbst ausgesucht.

Das sind wir ihnen aber auch schuldig - nicht nur den Polen allein - weil wir alle in einem gemeinsamen Haus Europa leben wollen. Da sollen doch die einen nicht komfortabel und die anderen in Armut leben. Es soll ein Haus der guten Nachbarschaften werden, in der Hilfsbereitschaft eine Selbstverständlichkeit ist. Gewiß, dahin ist es noch ein langer Weg, aber ich halte es für lohnend, ihn zu beschreiten.

Dazu ist es notwendig, daß das Mißtrauen zwischen den Völkern Europas abgebaut wird, daß jeder sich sicher fühlen kann. Und deshalb muß auch ein Wort zu den heutigen Grenzen gesagt werden. Sie sind ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, den wir zu verantworten haben - nicht unbedingt immer persönlich, aber als Deutsche. Wir alle haben an den Folgen - wenngleich in sehr unterschiedlicher Form - zu tragen. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob man damals für oder gegen Hitler war oder zu jung ist, als daß man überhaupt eine Entscheidung hätte fällen können.

Die Folgen des Krieges sind bekannt: Abermillionen von Toten und Verstümmelten, für viele ein ungeliebtes politisches und wirtschaftliches System oder der Verlust der Heimat. Das gilt übrigens nicht nur für die Ostdeutschen, dieses Schicksal traf auch die einstigen Bewohner Ostpolens - um ein weiteres Beispiel zu nennen - in gleicher Weise.

In manchen Gebieten in Deutschlands Westen hingegen änderten sich die Lebensstrukturen für die Menschen, zumal auf dem Lande, nur wenig.

Daß so unterschiedliche Preise für den Krieg zu bezahlen waren, mag man als ungerecht empfinden. Aber das ist die Konsequenz dieses Krieges, genauso wie die heutigen Grenzziehungen.

Ich finde es deshalb unerträglich und in höchstem Maße politisch schädlich, wenn Herr Czaja sich hinstellt und sagt, die Polen hätten Gebietsforderungen an uns. Und ich weise mit Nachdruck die Forderung der rechtsradikalen sogenannten „Republikaner“ zurück, deren Sprecher gar die Wiedervereinigung „in den Grenzen von 1937“ verlangte und den Bundespräsidenten diffamierte, dieser habe nicht für das ganze deutsche Volk gesprochen, wenn er für die Bundesrepublik Deutschland versichert, sie habe keinerlei Gebietsansprüche gegenüber Polen.

Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten für seine klare Aussage, die er in seiner Botschaft an den polnischen Präsidenten zum Ausdruck brachte. Denn wer, wie wir unter Hitlers Führung, einen Eroberungs- und Ausrottungskrieg beginnt, der darf nicht hinterher, wenn dieser Krieg verloren ist, ankommen und sagen: Gebt mir meinen Einsatz wieder! Der Einsatz war das Deutsche Reich. Dieses ist verspielt worden. Ostpreußen, Pommern, Schlesien waren deutsche Gebiete. Sie sind es nicht mehr.

Und ich sage auch: Wer heute von Grenzrevisionen spricht, der schafft Verunsicherung bei denjenigen, für die die Gebiete östlich von Oder und Neisse inzwischen Heimat geworden sind, weil sie lange genug dort leben oder gar dort geboren wurden und aufwuchsen. Wir wollen diesen Menschen ihre Heimat nicht mehr nehmen. Denn ein Unrecht - das der Vertreibung - kann nicht dadurch wieder gutgemacht werden, daß man diesem ersten Unrecht ein zweites hinzufügen will, indem man die jetzige Bevölkerung auch wieder vertreiben will. Aber etwas anderes kann ja wohl nicht hinter der Forderung nach der Rückkehr zu den Grenzen von 1937 stecken.

Lassen Sie uns doch ehrlich sein: Wie viele wollen denn tatsächlich noch zurück? Wie viele wollen denn tatsächlich dort noch leben?  
(-/12.9.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

\* \* \*